

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riefa,
Grunz Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1888,
Ströcker
Riefa Nr. 22.

Nr. 261.

Freitag, 8. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverteilungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages (bis 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennig; zehraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Abfertigung oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Das Fremdkapital in der deutschen Wirtschaft.

Es ist in diesem Sommer die Frage der Deckung des Kapitalbedarfs der deutschen Wirtschaft wieder akut geworden. Der Anlaß dazu waren größere Beteiligungen ausländischer Firmen bei deutschen Unternehmungen, die hier lebhaft Zustimmung und dort ebenso entschiedene Ablehnung gefunden haben. Seit der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nach der Inflation, die der deutschen Wirtschaft eine starke Einbuße an Vermögenswerten brachte, geht eine Hauptrolle der deutschen industriellen Unternehmungen, insbesondere der Großindustrie, dahin, der deutschen Wirtschaft wieder zu einer neuen bezug eigenen Kapitalbildung zu verhelfen. Die Beteiligung der privaten Wirtschaft an den im Verfallenen Vertrag und den späteren Abkommen und auferlegten Tributabgaben, die starke Belastung des deutschen Industrieunternehmens mit sozialen Aufgaben und der gewaltigen Steuerbedürfnisse auf Sparsamkeit wenig bedachten öffentlichen Finanzverwaltung haben und stehen auch heute noch einer neuen eigenen Kapitalbildung sehr im Wege. Aber diese Lasten allein erklären nicht die gegenwärtige Lage der Wirtschaft in Deutschland, sie sind die vielfachen und wichtigsten Ursachen der inneren Schwierigkeiten, mit denen die Wirtschaft bei den Versuchen zur Kapitalbildung zu kämpfen hat.

Eine ganz andere Frage aber ist die, in welcher Richtung heute der Bedarf der Wirtschaft an Kapital zu decken versucht wird. Mit der Art der Marktstabilisierung, der Anlehnung der deutschen Währungs an den Dollar, und mit der Aufnahme der 800 Millionen-Dollaranleihe vom Jahre 1925 zur „Anturteilung“ der deutschen Industrie war die Richtung der Deckung des industriellen Kapitalbedarfs eigentlich schon gegeben. Die Regelung der Tributabgaben durch das Dawesabkommen vom August 1925 stellte die deutsche Wirtschaft in sehr starkem Maße vor die Notwendigkeit, Waren auszuführen, um die zur Transferrierung der jährlichen Tributsummen notwendigen Guthaben im Ausland anzuschaffen. In dieser Art der Finanzierung der Dawesanleihe lag ein unabweisbarer Anreiz zum Ausbau und zur Förderung der Fertigungs- und Exportindustrie, die sich nunmehr noch weniger als schon von Hause aus die Bedarfsdeckung des Innenmarktes verschaffte und ihre Produktion auf Ausfuhr einstellte. Die ständig wachsende Ausdehnung dieses Zweiges der deutschen Wirtschaft hatte natürlich auch ihre weittragenden Folgen für die Gestaltung der Betriebs- und Produktionstechnik wie auch für den Umfang des Kapitalbedarfs. Die erste Folge war die sogenannte Rationalisierung der Betriebe, des Abbaues und der Menschenträfte, zum anderen die Konzentration gleichartiger Unternehmen in der Konzernbildung und drittens die Tatsache, daß sich bald die schwache Kapitalbasis der einzelnen Export- und Fertigungsunternehmen dieser Ausdehnung nicht gewachsen zeigte. Rationalisierung und Konzernbildung allein reichen das Verhältnis zwischen dem gesteigerten Umfang der Produktion und der schwachen Kapitalbasis nicht aus. Auch der Absatz auf dem inneren Markt stärkte die Kapitalbildung nicht in dem Maße, wie es die Ausdehnung der Unternehmungen erforderte. Damit war der Weg nach dem Ausland für die Kapitalbeschaffung gegeben und zwar mit den verschiedenen Möglichkeiten der Übernahme von Auslandsanleihen mit ihrem Kupon- und Tilgungsdienst, der Aufnahme ausländischer Obligationen und der Beteiligung ausländischer Wirtschaft- und Finanzunternehmen an der deutschen Industrie in der Form der Aktienübernahme. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Augenblick in dem Stadium, wo sie sich der letzteren Möglichkeit in überwiegender Weise bedient, nachdem die Anleihenpolitik sich als eine zu große Belastung herausgestellt hat. Einige wenige Beispielen genügen, um die Tragweite der Überforderung der deutschen Wirtschaft durch die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse oder durch Beteiligung fremden Kapitals darzutun.

Noch im Jahre 1913 war die deutsche Automobilindustrie in der glücklichen Lage, rund 30 Prozent ihrer Erzeugung auszuführen, während die Ausfuhrquote für das Jahr 1927 nur noch 2,57 Prozent der Gesamtproduktion betrug. Fast in dem gleichen Umfange wie die Ausfuhr aus Deutschland zurückgegangen ist, stieg die Einfuhr der ausländischen Automobilindustrien nach Deutschland. Die deutsche Automobilindustrie hat keinen nennenswerten Jollschuß, dagegen erheben die anderen Industrien außerordentlich hohe Einfuhrzölle für eingeführte Erzeugnisse der deutschen Automobilindustrie. Amerika rund 25 Prozent des Wertes, England 33½ Prozent, Italien und Frankreich sogar 45 Prozent. Auf nach Deutschland eingeführte Automobile wird nur ein Jollschuß von 12 Prozent im Durchschnitt erhoben. Aus Qualitätsprodukte etwa von der Art der deutschen Hochwagen nur ein Satz von 5 Prozent des Wertes. — Besonders auffällig hat auch die Tatsache erregt, daß die größte Automobilfirma der Welt die amerikanische General Motors Corporation den Haupteinfluß auf die Weltwerte gewonnen hat und diesen Einfluß auch dann noch wirksam geltend machen konnte, wenn die gesamte übrige Automobilindustrie sich ebenfalls zusammenschließen würde, um der amerikanischen Gesellschaft gegenüber wettbewerbsfähig zu bleiben. — Ein wenig später wurde die deutsche Öffentlichkeit durch die Mitteilung überrascht, daß auch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft eine Fremdbeteiligung übernommen hat. Die amerikanische General Electric Gesellschaft ist zu einem Drittel am Kapital der A. E. G. beteiligt.

Was ist es mit der Rheinlandräumung.

Die von französischen Militärmächten gegen die vorzeitige Räumung des Rheinlandes eingeleitete Propaganda hat bereits ihre Folgen gezeigt. Französische Regimenter des besetzten Gebietes deren Abtransport bereits begonnen hatte, sind plötzlich in ihre Kasernen zurückbeordert worden. In der Rheinischen Bevölkerung hat dieser durch nichts gerechtfertigte Vorgang begründeterweise große Beunruhigung hervorgerufen. Man wirft im Rheinland allgemein die Frage auf, was diese Maßnahmen des französischen Oberkommandos, die bestimmt mit Wissen der zuständigen Pariser Stellen getroffen wurden, zu bedeuten haben. Es erscheint aber kaum glaubhaft, daß Briand selbst an die Befehlsbehörden derartige Anweisungen gegeben hat. Trotzdem kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Zusammenkunft des neuen Kabinetts Lardieu einen wenig günstigen Einfluß auf das Tempo der Räumungsaktion ausgeübt hat. Hinzu kommt, daß von französischen Offiziersvereinigungen zur Freude aller Chauvinisten die räumungsfeindliche Propaganda in immer schärferem Maße betrieben wird. Unter diesen Umständen darf man sich nicht darüber wundern, daß in Deutschland die pessimistischen Stimmen wieder die Oberhand gewinnen. Das bedeutet aber gleichzeitig eine neue Stärkung der nationalistischen Kräfte, wodurch die Stellung der christlichen Verbandsvereinigungen erheblich geschwächt wird. Dies kann aber doch auch nicht im Interesse Frankreichs liegen, das darauf bedacht sein sollte, der für die deutsch-französische Verständigung eintretenden republikanischen Regierung den Rücken zu stärken. Die französischen Linksparteien haben diese Notwendigkeit auch längst erkannt. Insbesondere haben die Sozialisten sofort nach Bekanntwerden der Nichtausführung der bisherigen Räumungsbefehle in ihrer Presse Alarm geschlagen. Freilich wäre dieser unerfreuliche Zwischenfall vermieden worden, wenn sich die französischen Sozialisten zur Mitwirkung an der Regierungsbildung entschlossen hätten, statt schillend beiseite zu stehen. Nun rächen sich bereits die Fehler einer doktrinären Parteipolitik. Es ist sehr fraglich, ob sich jetzt der sozialistische Standpunkt gegenüber der nach rechts neigenden Auffassung des Kabinetts Lardieu durchsetzen wird. Im übrigen ist rein psychologisch schon genug Unheil angerichtet worden. Es wird die Aufgabe Briands sein, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Wäre Briand nicht im Kabinetts Lardieu vertreten, so hätte man allerdings berechtigten Anlaß zum Pessimismus.

Aus dieser Sachlage ergeben sich eine ganze Reihe von Folgerungen: Die nur mit geringen Einfuhrzöllen belegten fremden Automobile sind natürlich dem deutschen Autofahrer dem Preise nach annehmbarer als die hochwertigen Erzeugnisse der deutschen Automobilindustrie, aber es bedarf gar keiner Frage, daß die Überflutung des deutschen Marktes mit fremden Automobilen der deutschen Automobilindustrie das Leben schwer macht, wenn nicht gar unträglich macht. Berücksichtigt man ferner, daß die Fremdbeteiligung an deutschen Unternehmungen in der Form der Übernahme eines festen, geschlossenen Aktienbestandes sich vollzieht, daß dagegen bei der deutschen Beteiligung der Anteil nicht konzentriert in einer Hand liegt, sondern zum Teil in Händen unorganisierter Klein- und Mittelbesitzer von Anteilen zerstreut liegt, so läßt sich ermaßen, welchen Einfluß die fremde Winderbeit auf die Führung der Geschäfte in Wirtschaft hat. Ueber diese Schwierigkeiten wird sich die deutsche Industrie nicht mit der Hoffnung hinwegtrösten können, daß im Laufe der Zeit das Fremdkapital „akkumuliert“ werde. Dazu ist die deutsche Kapitalbildung selbst im Augenblick wohl noch zu gering, um dem wachsenden Einfluß des Fremdkapitals Einhalt zu gebieten, müßte wohl eine ganz andere Orientierung der deutschen Produktion und des deutschen Absatzes eintreten, etwa in der Richtung auf den ausnahmsbedürftigen Markt Südosteuropas. Nur so ergäbe sich die Möglichkeit für die deutsche Wirtschaft, sich Gegenmittel zu schaffen.

Reichsratsbeschlüsse.

Der Reichsrat hat am Donnerstag in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag eine Verordnung über die endgültige Festsetzung des gemäß dem Gesetz über die Volkszählung von 1925 den Ländern zu gewährenden Vergütungssatz. Ferner wurde angenommen eine Verordnung über Änderung der Sitzgelegenheitsverordnung, die dadurch notwendig geworden ist, daß eine ganze Reihe neuer Reichsräte gewählt werden müssen.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

Der Reichstagsausschuß des Reichstags teilte der Vorsitzende Helmreich (Soz.) mit, daß über die Einnahme-Angelegenheit, wie ihm mitgeteilt sei, dem Reichstagsausschuß eine Vorlage gegeben werde. In der Verhandlung erfuhr man u. a., daß die Verhandlungen über die Übernahme des Reichswasserwerkes auf die Länder zwar noch nicht geendet seien, aber namentlich bei Preußen auf finanziellen und personellen Gebiete große Schwierigkeiten

Magnot und die Rheinlandräumung.

Paris. Außenminister Magnot hat zu der Rheinlandräumung Stellung genommen, in der von der plötzlichen Einstellung der Rheinlandräumung die Rede war. Er erklärte: Diese Nachricht ist entschieden zu demütigen. Sie kann sich nicht auf die Einstellung der Räumung der 3. Rheinlandzone beziehen aus dem einfachen Grunde, weil diese Räumung noch nicht begonnen hat und auch nicht in Frage kommen kann, solange der Young-Plan nicht angenommen ist, und solange das Parlament darüber nicht beraten hat. Was die gemeldeten Truppenbewegungen anlangt, so ist zu sagen, daß sie durch Gründe der Hygiene und Umgruppierung der Einheiten verursacht worden sind. Was die 2. Zone anlangt, so haben die Vereinbar die Militärbehörden es für nützlich erachtet, die Verteilung der noch verbleibenden Besatzungstruppen zu ändern.

Populaire

zur Unterbrechung der Räumungsmaßnahmen.

Paris. Zu der Meldung des Sozialdemokratischen Reichstages, daß französische Truppen, die bereits Befehl erhalten hatten, in die Heimat zurückzukehren, plötzlich Weisung erteilt worden sei, auf ihrem Posten zu bleiben, schreibt der sozialistische Populaire, das solle wohl die Antwort der französischen Regierung auf das Volksgesetz der deutschen Reaktionen gegen den Young-Plan sein. Auf diese Weise beantwortet der französische Nationalismus die Handlungen des deutschen Nationalismus mit einer Gegenoffensive. Der Streit könne sich verschärfen und durch eine Velleit könne das Werk der Annäherung der beiden durch den Graben von Saar und Blut voneinander getrennten Völker vergrößert, wenn nicht sogar gefährdet werden. Der französische Sozialismus werde sich mit allen seinen Kräften gegen diese sinnlose Politik wenden, die nur dem deutschen Nationalismus Waffen in die Hand spiele, ebenso wie dessen frühere Handlungen für den französischen Nationalismus eine Hilfe bedeuteten und dabei sei doch Briand französischer Außenminister! Man warte neugierig auf die Erklärungen des Mannes von Locarno.

keiten finden. Der Wunsch des Ausschusses ging dahin, die Verhandlungen nicht ohne vorherige Fühlungsmaßnahme mit ihm abzubrechen.

Hg. Erking (Str.) besprach den Mißstand der Doppelbediensteten unter den Pensionären, den auszuräumen die Regierung sich bemühen müßte, genau wie bei den Mißständen der Erwerbslosenrenten.

Hg. Frau Vohm-Schuch (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß die Beamtinnen durchweg schlechter behandelt würden als die Männer. Von 80 bis 90 Mark Pension könne die Briefträgerwitwe nicht leben; das Wiederwerkeln dürfe man ihr nicht verbieten. Brauche man die Beamtin, müsse man ihr auch die Sicherung ihres Alters zugehen: sie dürfe nicht einem minderen Recht unterliegen.

Eine Ueberkritik über die Befolgung des Gesetzes des Reiches und der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen und Posen, sowie der Städte Berlin, Breslau und Gelsen wurde den Unterstaatssekretären überreicht. Heute kommt als erster Punkt die Denkschrift über die Ablösung der Markanleihen des Reiches zur Beratung.

Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei.

Berlin. Der Vorstand der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei hat sich am Mittwoch mit der Befehlsgabe beschäftigt. Nach seiner Meinung ist der Landwirtschafts- und Pflanzungsvertrag mit Polen als mit dem Lebensinteresse der Landwirtschaft unvereinbar anzusehen. Durch die Verschleppung der Entscheidung über die Mindestanträge der Reichsbauernfront habe die Reichsregierung zur weiteren Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft beigetragen.

Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei sieht unter Betonung des Charakters ihrer Selbstständigkeit in dem Kreis derer, die sich bisher für das Volksgesetz eingesetzt haben, einen Erfolg gegen den Young-Plan nur dann, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Front der Kämpfer erweitert werde.

Prinz Eugen zu Schaumburg-Lippe gestorben.

London. (Telunion.) Prinz Eugen zu Schaumburg-Lippe, der bei dem Flugzeugabsturz bei Caterham schwer verletzt wurde, ist am Donnerstag um 20,25 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Entgegen allen Erwartungen trat am Nachmittag Bewußtsein ein, jedoch alle Bemühungen des behandelnden Arztes erfolglos waren.